

Büchel
Samstag, 7. Juli 2018

Hier stehen wir, Menschen, die wissen, dass Sicherheit nicht mit Abschreckung durch Waffen, sondern mit Abbau von Waffen der Weg zum Frieden ist.

Nicht-Nutzung von Nuklearwaffen seit Hiroshima und Nagasaki hat uns keine verlässliche Sicherheit gebracht. Menschliche Sicherheit gibt es dann, wenn es Waffen dieser Art nicht mehr gibt. Sicherheit entsteht durch ein Miteinander, nicht durch ein Gegeneinander!

Mit diesen Gedanken sind wir nach Büchel gekommen.

Es ist *menschlich*, dass wir auch hier sind aus Angst. Angst, dass die Arsenale, hier und woanders – die Relikte eines Kalten Kriegs – erneut für die Zerstörung von Leben, allen Lebens vielleicht, eingesetzt werden könnten.

Es ist schwer zu verstehen, warum die deutsche Regierung sich weiterhin weigert, an multilateralen Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen, an denen sich zwei Drittel der UNO Mitgliedsstaaten beteiligen. Das Argument, Deutschland müsse sich erst mit den Nuklearstaaten abstimmen, zeigt erneut, wie unsicher, oder besser wie abhängig, die deutsche Politik weiterhin vom internationalen politischen Umfeld geblieben ist. Wenn es um Abstimmung geht, wäre eine solche wohl eher mit der Zivilgesellschaft angesagt, da diese sich mehrheitlich dafür einsetzt, der atomaren Bewaffnung die Legitimität zu nehmen. Sollte man dies nicht in einem demokratischen Land erwarten dürfen?

Die bevorstehende Zusammenkunft der 29 NATO Staaten ist eine verpflichtende Gelegenheit für Bundeskanzlerin Merkel und ihr Team in dieser Nuklear Allianz einen deutschen Politikwandel anzukündigen und sich für ein Atomwaffenverbot und damit für eine Atomwaffenfreie Welt einzusetzen.

Wer in den UNO Sicherheitsrat will, muss uns dort vertreten mit der Forderung an China, Frankreich, Grossbritannien, Russland und die USA, den ständigen Mitgliedern, die alle Nuklearstaaten sind, ihren UNO Charta Verpflichtungen gerecht zu werden und mit dem Atomwaffenabbau endlich zu beginnen. Dazu gehört auch, dass Deutschland mit gutem Beispiel im Sicherheitsrat auftritt und bestätigt, dass nach dem Austritt aus der Kernkraftenergie, Deutschland nun auch den lebenswichtigen Austritt aus der Atombewaffnung erklärt und unser Land zu einer Atomwaffenfreien Zone wird.

Die Vereinten Nationen sind auch der Ort, wo Deutschland sich dafür einsetzen muss, dass alle Staaten den beiden Nuklearabkommen beitreten.

Nicht-Mitgliedschaft von Nuklearstaaten wie Indien, Israel, Nord Korea und Pakistan darf nicht länger ohne Folgen bleiben!

Vorzug muss das entmilitarisierte Gespräch für den Frieden haben – im UNO Sicherheitsrat, im EU Rat und Parlament, in der OSZE, in einer reformierten Ökumene und in uns selbst, wo der Frieden seinen Anfang hat.

Die Nukleargefahr geht jeden von uns etwas an. Bürger, wie wir, verstehen, was wir tun. Wir sind weder naiv, noch dumm, noch utopisch. Der Glaube an den Frieden gibt uns die Kraft, uns heute in Büchel und morgen woanders, für diesen Frieden einzusetzen.

**Dr. h.c. Hans Graf Sponeck
UN Assistant Secretary-General, a.D.**